

### 11. Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um auch den Salzbergbau für die Schadensregulierungspraxis von Stein- und Braunkohle, wie u.a. Einbindung in die Schlichtungsstelle Bergschaden NRW, zu gewinnen?

SPD	CDU	Grüne	FDP	Piraten	Linke
<p>Wir führen Gespräche mit den Salzbergbaubetriebenden Unternehmen, um die entsprechenden Unternehmen zu überzeugen, an der Schadensregulierung, wie wir sie aus dem Kohlebergbau kennen, teilzunehmen. Allerdings sind Schlichtungsstellen freiwillige Einrichtungen der potenziellen Streitparteien und können nicht durch Dritte erzwungen werden.</p>		<p>Durch die erst kürzlich auf Initiative der GRÜNEN hin erfolgte Zusammenlegung der Schlichtungsstelle Bergschaden NRW und der Anrufungsstelle Bergschaden Braunkohle NRW konnte schon ein bedeutender Teilerfolg zumindest für die von der Braunkohle Betroffenen erzielt werden. Leider gibt es noch massive Widerstände von Seiten der Salzbergbaubetriebenden hinsichtlich einer Beteiligung an einer Schlichtungsstelle. Da die Mitwirkung am Schlichtungsverfahren bei Bergschäden auf Freiwilligkeit der Unternehmen beruht, also eine privatrechtliche Angelegenheit ist, können wir lediglich durch ständigen öffentlichen Druck und Gesprächen mit den Salzbergbauunternehmen für die Beteiligung an einer gemeinsamen Schlichtungsstelle hinarbeiten. Hier gilt es, den Druck stetig zu erhöhen, um letzten Endes ein positives Ergebnis für die vom Salzabbau Betroffenen zu erreichen. Unsere mehrfachen Anfragen im Unterausschuss Bergbausicherheit sind ein Zeichen dafür, wie auch die Besuche in der Region, wie sehr wir hinter den Betroffenen stehen.</p>	<p>Wir Freie Demokraten würden es begrüßen, wenn sich die Unternehmen des Steinsalzbergbaus der Schlichtungsstelle anschließen. Der Beitritt zur Schlichtungsstelle könnte die Akzeptanz für den Bergbau erhöhen. Dies haben wir in gemeinsamen Gesprächen mit den Unternehmen deutlich gemacht und stehen auch weiterhin dafür ein. Der Erfolg der Schlichtung beruht letztlich aber auf der Freiwilligkeit der Teilnahme. Wenn im Salzbergbau - anders als in der Steinkohle - nur wenige Fälle nicht einvernehmlich und zufriedenstellend geregelt werden können und die Notwendigkeit zum Beitritt nicht gesehen wird, so ist dies zu akzeptieren</p>	<p>Wir streben eine Gleichstellung aller Betroffener an, egal ob Steinkohle, Braunkohle oder Salzbergbau. Ist das auf freiwilliger Basis wegen Verweigerungshaltung der Betreiber nicht zu erreichen, werden wir entsprechende Gesetzgebung vorschlagen.</p>	<p>DIE LINKE verfolgte mit ihrem in der Antwort auf Frage 2 angeführten Antrag zur Reform des Bundesberggesetzes u.a. das Ziel, sämtliche Bodenschätze dem Bundesberggesetz zu unterwerfen, wobei alle Bodenschätze als bergfrei definiert würden. Dies hätte drei Folgen: Erstens würden alle Bodenschätze Gemeineigentum sein. Zweitens würde gleichzeitig der Abbau jegliche Bodenschätze einem Planfeststellungsverfahren mit Umweltverträglichkeitsprüfung unterworfen sein. Und drittens würden für alle Bodenschätze vergleichbare Schadensregulierungsregeln gelten. Entsprechend diesem langfristigen Ziel würden wir in NRW im Rahmen der geltenden Bundesgesetze auf eine weitgehende Gleichstellung bei der Schadensregulierung drängen.</p>